

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 15. Januar 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang, Nummer 12

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf. monatlich 2.10 Pf. + 50 Pf. Botenlohn = 2.60 Pf. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Pf., unter Einzelband 2 Pf. Anzeigenpreis: Die sechsstellige Mittelzeile ober oder unter Raum 12 Pf., Vereins- und Verlautbarungsaussagen 8 Pf., Werbefläche: Die sechsstellige Mittelzeile ober oder unter Raum 10 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis höchstens 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 40, 4. u. 5. Stockwerk, Telefon 460 39. Postfach 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 439 02. Druckerei der Redaktion von 12-13 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen: Berlin, Curly 6, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Geschäftsabteilung: Hauptverlagsort Breslau. Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau, — Druck: „Fortschritt“ AG., Fil. Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 464 56.

Im Geiste Lenins, Liebknechts und Rosa Luxemburgs

Zerschlägt den Faschismus!

„In dieser Zeit, wo Sie sich in Deutschland und selbst unter Ihren Parteigenossen durch Ihre Abstimmung am 2. Dezember so viele Feinde erworben haben, glauben wir uns besonders verpflichtet, Ihnen hierdurch unseren Beifall auszusprechen.“

„Aus einem Briefe von fünf Jugendgenossen aus Berlin-Friedrichsfelde vom 12. 2. 1914 an Karl Liebknecht, wegen der Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag.“

„Zum zwölften Male fährt sich heute der Tag, der in die Geschichte der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung eingegangen ist, als einer der schmachvollsten, die sie kennt. Der Glaube, daß der Verrat vom 4. August nicht übertrufen werden könnte, war allerdings längst erschüttert. Der Weg des Reformismus hatte den Chauvinismus bereits hinter sich, und blutig rot sahen Kundige bereits am Firmament die Konturen des Faschismus, als am Morgen des 15. Januar der Draht die Kugel über den Erdball trug, daß dem um Freiheit kämpfenden Proletariat zwei seiner Besten auf eine Art genommen waren, die im ersten Moment geeignet war, den Blutkreislauf innerhalb dieser Kampfschar erhitzen zu lassen.“

„Viele Tote lagen längst in mehr als einer Reihe, jetzt waren Karl und Rosa auch dabei.“

„Und stumm, so wie jenseitig in einem Blatt wie dem „Vorwärts“ herbei, gedichtete“ Bestallung an dem Sohne Wilhelm Liebknecht, dem „Soldaten der Revolution“, der mit seinem Herzblut den „Vorwärts“ in seiner besten Zeit geschrieben, war wohl geeignet, schauriges Entsetzen zu erwecken. Das gleiche gilt von unserer unvergeßlichen Rosa. Aber dieses Entsetzen schwand sehr bald, und stolze, lächne Trauer trat an Stelle des Entsetzens. „Denen ihr tötet den Geist nicht“, das durfte sich das Proletariat schon wenige Tage nach dem 15. Januar 1919 sagen.“

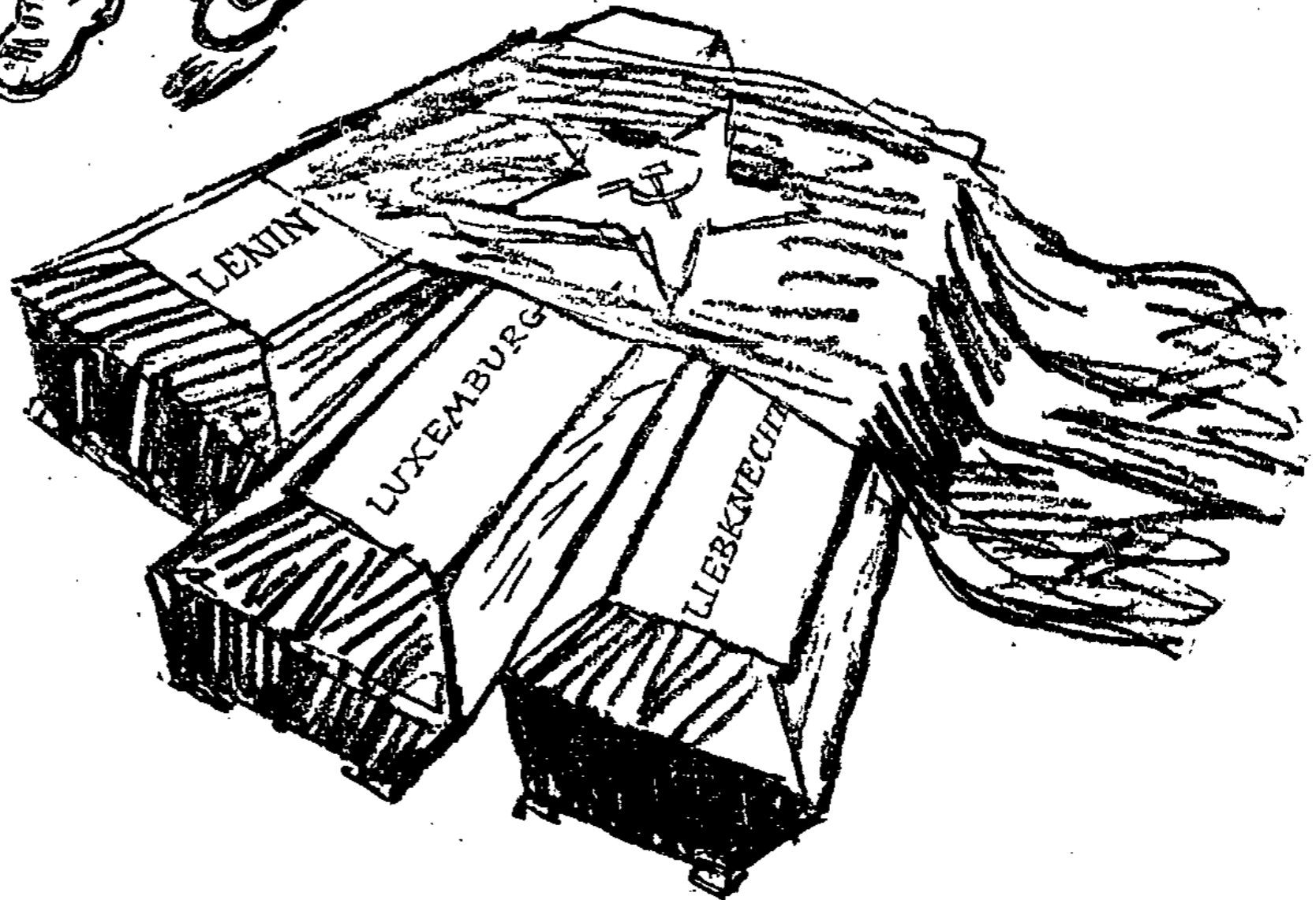
„Zwölf Jahre sind seitdem vergangen, und von einem 15. Januar zum anderen wurde die „Trauer“ stolzer, weil jeder neue 15. Januar dem Proletariat zeigte, wie recht, wie hundertprozentig recht die felsenfesten Worte in Karl Liebknechts letztem Artikel waren: „Spartakus niedergerungen! — O nein, Spartakus lebt.“

„So kann das internationale Proletariat auch den heutigen 15. Januar wiederum mit größerem Stolz begehen als im Vorjahre. Nicht ohne besonderen Grund haben wir an die Spitze die Worte von fünf namenlosen Jugendgenossen gesetzt. Wenn stolz man Tote gedenkt, stemmt sich kein Ton der Klage. Darum klagen wir nicht an die Alten, die im August 1914 so schmachvoll verlagten. Aber gerade deshalb werden wir es immer vermerken, daß es Jugend war, die lächeln und mutig sich vor den „Alten“, gegen die „Alten“ anschickte, das von unserem Karl ebenso geliebte Banner, wie er die Jugend selber liebte, aus dem Sumpf wieder empor zum Licht zu heben. Aber nicht lebendig um dieser Tatsache willen stehen Jugendmorte an der Spitze, sondern, weil nach langem, heißen Ringen, in diesem Augenblick, wo „Alte“ und ganz Alte dabei sind, den Verrotten zum 4. August geführt, durch einen neuen, noch tausendmal schlimmeren 4. August zu krönen, die Jugend wieder dabei ist, mit dem in ihrem Herzen lodernben Feuer Licht auch dort zu verbreiten, wo die Fackeln von Spartakus noch ihre heiße Blut nicht verbreiten können.“

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ein Weg nicht bloß durch borniges Geßtrüpp, sondern ein Weg nach Golgatha. Daß Jugend dort immer mehr rebelliert, wo man das Golgatha leugnet, und sich von Tanz und Spiel löst, um mit uns den stellen, zackig scharfen Felsen empor zum Licht kämpfend zu steigen, das erfüllt uns mit Stolz. Denn daß unser die Jugend wird, ist ein sicheres Unterband für unseren Sieg. Und das dem so ist, das danken wir unserem Liebknecht. Daß sein Geist noch heute die Jugend auch dort erfüllt, wo sie noch getrennt von unserer kommunistischen Jugend marschiert, beweist, daß er lebt, daß sein heiter Odem, der einst die Jugend begeisterte, auch heute noch seine revolutionäre Kraft ausstrahlt. Sie wird, sie muß uns alles was jung ist und selbst und nach Freiheit dürstet durchführen. Darum wird unser die Jugend sein und unser auch der Sieg.“

„Hat uns Karl Liebknechts Schatten neben vielem anderen vor allem durch die Eroberung der Jugend so wertvolle Pfänder für unseren Sieg gegeben, so trifft dies nicht minder für unsere Rosa zu. Wir stehen am Abschluß riesiger Massenkämpfe, noch mitten drin in Massenkämpfen, und unmittelbar vor neuen Massenkämpfen. Mühte nicht in diesen Massenkämpfen immer wieder für alle, die entweder persönlich oder ideell in diese Kämpfe verweben waren, der Name unserer Rosa lebendig werden. Sie war es, die mit den Lehren der russischen Massenkämpfe auch die deutschen Proletarier vertraut machte, mit der schneidigsten aller Waffen, über die das revolutionäre Proletariat verfügt, nämlich den politischen Massenstreik. In dem Feuer der ersten russischen Revolution wollte sie auch die Herzen der deutschen Proletarier entflammen.“

„Als Schamloster, giftigster Haß, Haß ebenso teuflisch wie Zillers Worgedicht, sie damals schon verfolgte, hielt sie das nicht im geringsten ab, den politischen Massenstreik weiter als eine ihrer



wichtigsten Aufgaben zu betrachten und ihre Kraft dafür einzusetzen. Was wir im Oktober in Berlin, in den letzten Tagen an der Ruhr, in Oberpfalz erlebt und sehr bald wieder erleben werden, ist durchweht von jenem Geist unserer Rosa für den Massenkampf. Und wenn sie am 2. November 1905 in Hamburg angesichts der ersten russischen Revolution prophetisch ausrief:

„... Das künftige Rußland wird das sozialistische Gärungselement für ganz Europa werden.“

Es ist unendlich mehr geworden, weil jene „Prophezeiung“ keine Prophezeiung, sondern das Produkt selber marxistischer Erkenntnis war. So lebt sie, die Gemordete, in jedem neuen Kampf, und wenn in Hamburg in diesen Tagen ein Massenkampf der Gasenarbeiter ausbrechen wird, dann wird, wie bei den Varrtadentkämpfen 1923, in den Herzen der Hamburger Proleten auch unsere Rosa wieder lebendig sein, ihr Geist den Kampf betreuen und den Grundstein zu neuen Siegen legen.“

„Aber daß aus dem Rußland unserer Rosa von 1905 so unendlich mehr geworden ist als nur ein „Gärungselement“ für Europa“, das ist der Wert unserer Rosa in dessen Todestag wir

am 21. Januar begehen. Wenn wir heute nur mit einigen Worten seiner gedenken, so wird jeder Leser wissen, daß es gerade in diesem Jahre nicht notwendig ist, dem Erwecker Rußlands lange Gedenkartikel zu widmen. Sein Erwecken hat aus dem Sechsten des Erdballs ein Welt geschaffen, das heute nicht als Gärungselement der ganzen Welt besteht, wohl aber als die alles in seinen Bann ziehende Kraft, von der Freunde wie Feinde wissen, diese Kraft hat nicht nur in zehn Tagen die zaristische Welt erschüttert, diese Kraft, sie wird auch erschüttern jene noch unter der Kruste der internationalen Räuber stehenden Weltteile.“

„In diesem Bewußtsein schaut das internationale revolutionäre Proletariat zu Wladimir Lenins Welt auf. Es fürchtet den aus Haß und Angst geborenen Terror aller Feinde der Sowjetunion nicht, weil es weiß, daß Blut bitterer als Wasser ist. Blutbande verbünden die Proletarier auf den fünf Sechsten der kapitalistischen Welt mit den von Wladimir Lenins erweckten Arbeitern und Bauern, und diese Verbundenheit ist stärker als die Bindung durch mörderischen Proß. Deshalb keine Trauer am heutigen Tage, sondern das Gelächern, im Geiste Lenins, Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu kämpfen und zu siegen.“

Melchior-Belegschaft wählt Kampfausschuß

Massenversammlung trotz SPD.-Sabotage

Goldenberg, 14. Januar. Trotz Sabotage der reformistischen Betriebsräte waren die Belegschaftsversammlungen der Melchiorgrube am 13. Januar sehr gut besucht. Besonders die Nachmittagsversammlung war gänzlich überfüllt und der Lesesaal erwiderte sich als zu klein. Das war die beste Antwort für die SPD.-Betriebsräte, die in der Abhaltung und in der Arbeiterausbildung sich hart gegen die Abhaltung von Belegschaftsversammlungen wandten mit der „Erklärung“, es komme doch niemand. Die Kumpels waren aber doch in Massen den roten Betriebsräten und der RGD gefolgt. Gefolgt folgten sie den Ausführungen des gemäßigten Betriebsrates **Weder**, **WDR**, dem bei der Aufzeichnung der Rolle der Gewerkschaftsführer stürmisch zugestimmt wurde. Die Ausführungen der Diskussionsredner stimmten voll und ganz mit dem **Keller** **Weder**. Die anwesenden SPD.-Arbeiter haben die Fraue, **Wirk** und **Stehr** wagten weder in der Diskussion dagegen zu sprechen, noch bei den Abstimmungen dagegen zu stimmen. Aus der Mitte der Belegschaftsmitglieder wurde ein vorbereitender Kampfausschuß von zehn Kameraden gewählt, deren

Wahl ebenfalls einstimmig angenommen wurde wie folgende Entschlüsse:
Die am 13. Januar im Tiefbau Dittersbach tagende öffentliche Belegschaftsversammlung der Melchiorgrube protestiert entschieden gegen den angekündigten Abbau der katastrophalen Hungerlöhne und beschließt, alle Maßnahmen zu treffen, um den Abbau zu verhindern. Das kann nur durch selbstgewählte Zeitungen, von den Arbeitern selbst, unter Führung der RGD, durch einen geschlossenen wuchtigen Streik erfolgen. Die Belegschaftsversammlung stellt an die Direktion die ultimative Forderung, schriftlich zu erklären, daß kein Lohnabzug erfolgt und die sofortige Entlassung des Betriebsratsmitgliedes **Weder** sofort zurückgenommen wird, anderenfalls entsprechende Kampfmaßnahmen getroffen werden.
Die Kumpels der Melchiorgrube haben festgestellt, daß sie gewillt sind, den Kampf unter Führung der RGD vorzubereiten unter der Losung: Streik gegen jeden Lohnabbau. Nun gilt es, eine möglichst breite Front zu schaffen, indem auf allen Gruben ebenfalls Kampfausschüsse gewählt werden.

Erfolgreicher Streik unter Führung der RGD.

Düsseldorf, 14. Januar. Die Belegschaft der Rheinischen Werke Düsseldorf hat heute den seit fünf Tagen geführten Streik gegen Lohnabbau erfolgreich beendet. Die Direktion der Firma hat mit dem Bezirkskomitee der RGD verhandelt. Der dreiprozentige Lohnabbau wurde abgewehrt. Die Belegschaft stellte außerdem die Bedingung, daß sämtliche im Betriebe befindlichen Streikbrecher sofort zu entlassen seien. Die Firma mußte auch diese Forderung bewilligen. Heute morgen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.
Dieser Streik stand vom ersten Tage an unter Führung der RGD. Sämtliche Belegschaftsmitglieder einschließlich der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind im Verlaufe des Streikes der RGD beigetreten.
Dieser erfolgreiche Streik in den Rheinischen Werken Düsseldorf unter Führung der RGD ist für die gegenwärtige Streiksituation von großer Bedeutung. Hier zeigte es sich, daß nur unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, nur mit den Methoden revolutionärer Streikführung die Kämpfe der Arbeiter siegreich beendet werden können. Es gibt heute in Deutschland keinen Streik, der nicht von der RGD organisiert und geführt würde.

Gegen den Lohnraub bei Eisenbahnern

Eine Protestaktion der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin, 14. Januar. Sofort zu Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages reichten die kommunistischen Ausschußvertreter zum Protokoll gegen den Schandschiedspruch für die Eisenbahner folgenden Antrag ein:
„Der Reichsarbeitsminister wird aufgefordert, den Schiedspruch der Arbeitszeit und auf Herabsetzung der Löhne der Eisenbahner nicht für verbindlich zu erklären.“
Angeichts der Empörung der Eisenbahnarbeiter über diesen Schandschiedspruch wagten die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten es nicht, gegen die sofortige Beratung dieses Antrages zu stimmen. Genosse **Schwabe** **Oppeln** begründete den Antrag in höchst wirksamer Weise. Er unterbreitete dem Ausschuß eingehendes Material über die traurigen Arbeitsbedingungen und die noch traurigeren Lohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter. Mit scharfen Worten wandte sich Genosse **Schwabe** gegen jeden Lohnabbau und forderte eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.
Obwohl der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner, **Schiffel**, in der Sitzung anwesend war, verzichtete er auf das Wort, genau so wie die Nationalsozialisten.
Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag wurde verhindert durch die Mitteilung eines Regierungsvertreters, daß inzwischens, am Mittwochvormittag, die Einigung zwischen Eisenbahnverwaltung und Gewerkschaften erzielt worden sei. Die Kommunisten erklärten darauf, daß sie sofort bei Bekanntgabe der Einigungsbedingungen, die zweifellos einem Verrat an den Interessen der Eisenbahner gleichkommen, einen neuen Antrag einbringen werden, der die Forderungen der Eisenbahnarbeiter enthält.

geren Lohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter. Mit scharfen Worten wandte sich Genosse **Schwabe** gegen jeden Lohnabbau und forderte eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.
Obwohl der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner, **Schiffel**, in der Sitzung anwesend war, verzichtete er auf das Wort, genau so wie die Nationalsozialisten.
Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag wurde verhindert durch die Mitteilung eines Regierungsvertreters, daß inzwischens, am Mittwochvormittag, die Einigung zwischen Eisenbahnverwaltung und Gewerkschaften erzielt worden sei. Die Kommunisten erklärten darauf, daß sie sofort bei Bekanntgabe der Einigungsbedingungen, die zweifellos einem Verrat an den Interessen der Eisenbahner gleichkommen, einen neuen Antrag einbringen werden, der die Forderungen der Eisenbahnarbeiter enthält.

Buchdrucker-Bürokratie gegen kommunistische Presse

Die sozialdemokratische Demokratie des Buchdruckerverbandes leistet sich in Hamburg eine besonders insame Aktion gegen die kommunistische Presse.
Der sozialdemokratische Polizeikommissar **Schönfelder** hat Anfang Dezember die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ für nahezu 4 Wochen verboten. Diese SPD.-Aktion gegen die kommunistische Presse genügt der Bürokratie des Buchdruckerverbandes noch nicht, sie wollte ihrerseits nach Kräften zur Schädigung der kommunistischen Presse beitragen.
Es war der Geschäftsleitung der Drucker, in der die „Hamburger Volkszeitung“ gedruckt wurde, beim besten Willen nicht möglich, das gesamte Personal während der Verbotszeit zu beschäftigen, ein Teil mußte entlassen werden. Nun stachelte die Bürokratie des Buchdruckerverbandes eine Anzahl sozialdemokratisch eingestellter Buchdrucker dazu auf, vor dem Arbeitsgericht gegen die Druckerleitung zu klagen, und zwar verlangten sie den Arbeitslohn für einen Teil der Verbotszeit. Also erst verbietet der Sozialdemokrat **Schönfelder** die Zeitung, und dann verlangen seine Anhänger noch Bezahlung dafür.
Es ist klar, daß die Geschäftsleitung dieser Buchdrucker, die underechtigterweise und geradezu provokatorisch gegen sie den Klagenweg beschritten hatten, nicht wieder einstecken konnten, nachdem die Verbotszeit um war, vor allem deshalb nicht, weil die Klage noch nicht entschieden war. Das nahm die Bürokratie des Buchdruckerverbandes zum Vorwand, die Arbeitsniederlegung auch einiger anderer Buchdrucker zu organisieren.
Die Zeiten sind aber vorbei, wo die sozialdemokratische Bürokratie Druckerinnen kommunistischer Zeitungen stilllegen konnte. Auch in Hamburg fanden sich genug revolutionäre Buchdrucker, die das Weiterereignen der Zeitung sicherten.
Die „Aktion“ zeigt aber, mit welchen Mitteln die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie arbeitet, wenn es gilt, die kommunistische Presse zu schädigen. Außerdem will die Bürokratie mit solchen „Aktionen“ die Augen der Buchdrucker davon ablenken, daß mit ihrer Hilfe jetzt die Buchdrucker-Unternehmer an die Durchführung des Lohnraubes gehen und vielfach die übertariflichen Löhne bereits abgebaut haben.

Der Abbau der Angestelltengehälter genügt noch nicht

Breslau, 14. Januar. Der am 7. Januar gefällte Schiedspruch für die kaufmännischen und technischen Angestellten in Breslau, der ihre Gehälter ab 1. Januar neu regelte, ist von Arbeitgeberseite abgelehnt worden. Infolgedessen ist von Arbeitnehmerseite die Verbindlichkeitsklärung beantragt worden. Der Schlichter hat die Verhandlungen für die Verbindlichkeitsklärung auf den 26. Januar, vormittags 9.30 Uhr, festgelegt.
Die Ablehnung durch die Unternehmer zeigt, daß ihnen der festgesetzte Abbau noch nicht genügt. Sie wollen noch weiter abbauen, und wenn der Schiedspruch verbindlich erklärt wird, werden sie versuchen, durch Herabsetzung der Arbeitsleistung den jetzt verhinderten weiteren Abbau durchzuführen.

Beauftragter **Moskau**, der in besonderer Mission in das Kohlenrevier abkommandiert wurde.
Es genügt eigentlich, diese Denunziation niedriger zu hängen. Es soll nur noch zur Illustration der SPD.-Presse bemerkt werden, daß Genosse **Anton Saeflow** deutscher Staatsangehöriger und gebürtiger Berliner ist.
Wollen ehrlich denkende Arbeiter, die bisher der SPD. noch folgten, weiterhin eine Presse unterstützen, die solcher Denunziationen, würdig eines schmerzigen Achzusehens, fähig ist?

Massenentlassungen und Lohnraub

Dessl., 15. Januar. In den Holzbetrieben **Pohl** und **Großmuss** haben die Unternehmer mißtätlich die Löhne um 10 Pfennig die Stunde herabgesetzt. Auch soll die Hälfte der Belegschaften entlassen werden. In der Reichsbahnwerkstatt sehen größere Entlassungen bevor. Ausführlicher Bericht im lokalen Teil.

Gewerkschaftshonzen „lehnen“ Bergbau-Schiedsbruch ab!

Gleiwitz, 14. Januar. Es wird mitgeteilt, daß die Gewerkschaften den Schiedsbruch ablehnen. Heute vormittag läuft die Erklärungsgang ab. Der Reichsarbeitsminister wird nach Ablauf der Frist sofort den Lohnraubschiedsbruch verbindlich erklären.
Die formelle Ablehnung des Schiedsbruches ist nur ein elendes Manöver der Bürokraten. Im Grunde genommen sind sie vollkommen einverstanden mit dem Lohnraub. Die obersteinsten Kumpels organisieren unter Führung der RGD den zweiten Streikrum gegen jeden Pfennig Lohnraub. Sie pfeifen auf Verbindlichkeitsklärung und Geselligkeit, sondern sie kämpfen um Brot und Arbeit!

SPD.-Presse und Lohnraub im Bergbau

Den Bergarbeitern ist ein Lohnraub von 6 Prozent diktiert worden. Für die erbärmlich entlohnten, ständig unter Lebensgefahr arbeitenden Bergarbeiter bedeutet dieser Lohnraub den schärffsten Hunger. Nach dem heldenhaften Ruhrstreik arbeiten die Bergarbeiter zähneknirschend weiter, um mit aller Energie zur Wiederaufnahme des Kampfes zu rufen.
Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer haben alles getan, um den Lohnraub möglichst reibungslos durchzuführen zu helfen. Den streikenden Bergarbeitern sind sie in den Rücken gefallen, sie haben den Streikbruch organisiert, und SPD.-Führer haben eine Polizeiarmerie ins Ruhrgebiet geworfen. Es ist für jeden denkenden Arbeiter klar, daß es den Bergarbeitern deshalb nicht gelungen ist, den Lohnraub abzuwehren, weil die Gewerkschaftsbürokratie ihnen in den Rücken fiel, wenn auch infolge des Streikes der Bergarbeiter die Pläne der Lohnräuber nicht ganz durchgeführt werden konnten.
Die Gewerkschaftsbürokratie, die bisher immer behauptete, daß sie keinen Lohnraub bzw. keinen Lohnraub über 4 Prozent hinaus dulden werde, entlarvte sich vollends, als der Schiedspruch von 6 Prozent verbindlich erklärt war. Die Gewerkschaftsbürokratie war nach wie vor gegen jede Abwehr des Lohnraubs, sie stand nach wie vor auf dem Sprünge, solchen Belegschaften, die streiken würden, in den Rücken zu fallen. Es war von vornherein die einzige Aufgabe der Gewerkschaftsbürokratie, jede Gegenwehr gegen den Lohnraub zu erdröffeln und dafür zu sorgen, daß die Pläne der Unternehmer und der Brüning-Regierung möglichst reibungslos durchgeführt werden. Die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ spricht offen aus, daß die 6 Prozent Lohnraub ein Kompromiß zwischen SPD. und der Brüning-Regierung ist, das im Hinblick auf die überraschend große Kraft der RGD. zustande kam.
Nachdem der Schiedspruch verbindlich erklärt ist, schrieb der „Vorwärts“ in seiner Morgenausgabe vom 13. Januar lauthöhnig:
„Dieses Ergebnis war zu erwarten. Nachdem der Reichsarbeitsminister durch den Erlass der Rotverordnung die Schlichter zu einem Schiedspruch zu kommen, aus dem Wege räumte, war es klar, daß die Regierung selbst die Verantwortung übernahm. Daß der Lohnabbau auf der Linie der Beamtengehälter liegen würde, war demnach gleichfalls unschwer vorauszusehen.“
Damit ist für den „Vorwärts“ der Fall erledigt. Was kümmern sich die SPD.-Führer darum, daß die Bergarbeiter und ihre Familien hungern müssen?
Die sozialdemokratische Presse in anderen Städten Deutschlands unterstiehlt sich dem „Vorwärts“ insofern, daß sie den Arbeitern noch vorreden will, ohne den Streik der Bergarbeiter wäre nur 5 Prozent Lohnabbau gekommen. In einem Artikel, der durch die weißen SPD.-Zeitungen geht, heißt es wörtlich:
„Daß auch sie nicht ohne Lohnabbau durchkommen würden,

darüber waren sich alle Kumpels in den Gruben im Klaren, auch die, denen kommunistische Phrasen leicht den Kopf verdrehen. Angeichts der Gesamtwirtschaftslage und der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung hätte ein Wunder passieren müssen, wenn die Bergarbeiter allein sich vor der Lohnabbauwelle hätten retten können. Wunder gibt es aber am wenigsten in der Wirtschaftspolitik... Der Streikpuß der kommunistischen RGD, feiste ganz offenkundig dem Unternehmertum den Rücken. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß der Schlichter zeitweilig sehr klar dazu neigte, eventuell bis zu 5 Prozent Lohnabbau herunterzugehen, wenn die Gewerkschaften mit ihm gegangen wären. Daß nicht mindestens 5 Prozent herausgeholt wurden, dafür können sich die Bergarbeiter einzig und allein bei den Karren und Verbrechern der kommunistischen RGD. bedanken.“
Daß ist das Eingeständnis, daß die Gewerkschaftsbürokratie von vornherein entschlossen war, jeden Kampf zu verhindern bzw. abzumürgen, ferner, daß die Gewerkschaftsbürokratie bereit war, offen für 5 Prozent Lohnabbau einzutreten. Wenn das kein Verbrechen ist, so gibt es überhaupt keines. Nun mutet die SPD.-Presse den Arbeitern zu, daß sie glauben sollen, daß ohne Streik anstatt 6 Prozent „nur“ 5 Prozent Lohnabbau eingetreten wären. Die Dinge liegen gerade umgekehrt. Nur die Streikbewegung der Bergarbeiter hat die Lohnräuber zu ihren Manövern gezwungen. Selbst die kapitalistischen Blätter geben zu, daß der Lohnabbau größer gewesen wäre, wenn die Bergarbeiter nicht gestreikt hätten. Es ist selbstverständlich, daß die RGD. den 6-prozentigen Lohnraub für unerträglich hält und alle Kräfte anspannt, um alle Hindernisse und Hemmnisse zu überwinden, die einer wuchtigeren Wiederaufnahme des Kampfes im Wege stehen.
Auch nachdem die Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet und in Oberschlesien abgebrochen sind, geht die Streikbewegung gegen den Lohnraub an anderen Fronten weiter. Im Wuppertal streiken bereits die Belegschaften von über 30 Textilbetrieben. Der Metallarbeiterstreik in Solingen hat sich weiter ausgedehnt. Die ausgeperrten Glasarbeiter in Sachsen, die streikenden Holzarbeiter in Düsseldorf und anderen Orten gruppieren sich immer mehr um die Führung der RGD. Schon heute ist vorauszusehen, daß die Gasenarbeiter den Lohnraub nicht widerstandslos hinnehmen werden.
Die Tatsache, daß die Lohnräuber infolge des Bergarbeiterstreiks zu Manövern und zum Verzicht auf einen Teil des geplanten Lohnraubes gezwungen waren, muß alle Arbeiterschichten, die jetzt vom Lohnraub bedroht sind, zum Kampf ermutigen. Nun erst recht Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau, nun erst recht Zusammenfassung der Kräfte zum Kampf gegen die Lohnräuber! Vorwärts unter Führung der RGD!

Arbeitgeber im obereschlesischen Handel fordern 10 Prozent Gehaltsabbau

Abjährl. der Manteltarifverhandlungen
Breslau, 14. Januar. Die Verhandlungen über den Manteltarif für die obereschlesischen Handelsangestellten, die zehn Monate gedauert haben, sind jetzt beendet worden. Es wurde ein Manteltarif abgeschlossen, der bis zum 31. Dezember 1932 Gültigkeit hat. Für die Angestellten sind insbesondere bezüglich der Urlaubsfrage Verbesserungen vorgenommen worden. Die Gehaltsverhandlungen sind dagegen noch nicht zum Abschluß gelangt. Während die Arbeitgeber einen zehnprozentigen Gehaltsabbau fordern, wollen die Angestelltenorganisationen nur einer Gehaltskürzung von 3 Prozent zustimmen. Der gegenwärtige Gehaltstarif läuft am 31. Januar dieses Jahres ab.

Stillegung der Kohlerei der Rothenbacher Ostabgrube

Zschopau, 14. Januar. Die Stillegung der Kohlerei der Rothenbacher Ostabgrube ist bereits in Angriff genommen worden. Der Betrieb wird erst wieder aufgenommen, wenn sich die Abfahrmöglichkeiten für Koks gebessert haben.

Sozialdemokratisches Denunziantentum

Durch die sozialdemokratische Presse geht ein Artikel zur Gründung des roten Einheitsverbandes der Bergarbeiter, beispielsweise abgedruckt in der „Frankfurter Tagespost“ vom 13. Januar, in dem folgende Denunziation enthalten ist:
„Das Hauptreferat in der Versammlung hielt der Russe **Saeflow**, seines Zeichens kommunistischer Parteisekretär in Essen, wofür er jedoch nicht gemeldet ist. Zweifellos ist er nur ein

Rund um den Erdball

10 Tage, die die deutsche Arbeiterschaft nie vergißt

Hostes Weißgardisten auf der Jagd nach Karl und Rosa

Ins Maßlose gesteigerte Blut- und Mordhebe gegen Spartakus

Wir sehen heute die Götter der letzten zehn Tage im Leben unserer beiden unvergesslichen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fort. Der gekrönte an dieser Stelle verfallene Mittel bezieht sich mit dem Ereignissen, die sich am 8. und 7. Januar 1919, also kurz nach der Amtseinführung des revolutionären Volkspräsidenten Ebert, in Berlin abspielten.

(Arbeiterkorrespondenz)

Mittwoch, 8. Januar 1919

Von der Köhnenbrauerei, so schrieben wir gestern, gab Karl Liebknecht, während sich die revolutionären Arbeiter und Soldaten im Zeitungsviertel verbarrikadiert hatten, unermüdet seine klaren Anweisungen und zündenden Parolen. Den ganzen Dienstag über hatte er kaum drei Stunden geschlafen. Trotzdem wurde es auch in der Nacht zum Mittwoch wieder 4 Uhr, bevor er sich zur Ruhe niederlegen konnte. Das Lager war sehr primitiv. Auf dem Billard im Restaurationszimmer hatte man ein provisorisches Ruhelager aufgeschlagen. Um 8 Uhr in der Frühe holte ihn ein Kurier zur Besprechung mit Rosa Luxemburg und anderen Genossen der Zentrale des Spartakusbundes. Auch diese Sitzung, die sehr erregt verlief, beschäftigte sich mit der spontanen Aktion der Arbeiter und Soldaten im Zeitungsviertel. Auf Betreiben Rosa Luxemburgs wurde in dieser Sitzung, die am 5. Januar 1919 erschienene Losung „Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Zusammenbruch aller der Revolution treuen Truppenteile — das ist das Gebot der Stunde!“ erweitert durch die Losung der Revue der Räte.“

„Heute gilt es also, die Arbeiter- und Soldatenräte neu zu wählen, den Volksrat neu zu bejehnen unter der Losung: Hinaus mit Ebert und seinen Anhängern! Heute gilt es, die Erfahrung der letzten acht Wochen in den A- und S-Räten zum Ausdruck zu bringen und nur solche A- und S-Räte zu wählen, die der Auffassung, den Zielen und Bestrebungen der Massen entsprechen. Es gilt mit einem Wort, die Ebert und Scheidemann vor allem in den Fundamenten der Revolution, in den A- und S-Räten, zu schlagen. Dann, aber erst dann werden die Berliner Massen und ebenso die Massen im ganzen Reich in den A- und S-Räten revolutionäre Organe haben, die ihnen in allen entscheidenden Momenten wirkliche Führer, wirkliche Zentren der Aktion, der Kämpfe und Siege abgeben werden.“

So peinigten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Tag für Tag, Stunde um Stunde die Obleute der Betriebe und die Führer der unabhängigen Sozialdemokraten zum Handeln an. Sie aber hörten nicht und plogten in ihrer Unentschlossenheit Beratungen Tag für Tag bis in die Nächte hinein und kamen zu keinem Entschluß.

Inzwischen waren auch die Ebert und Scheidemann nicht müde geblieben und in traurem Verein mit der Bürgerkanaille steigerten sie die Mord- und Bluthetze gegen die Führer des Spartakusbundes ins Maßlose. Karl Liebknecht jedoch hegte keine Minute Furcht um seine Personlichkeit. Mehr schon hatte er Bedenken um das Schicksal seiner Familie. Trotz seiner ununterbrochenen angestrengtesten Tätigkeit versuchte er so oft es eben möglich war, sich mit ihr telefonisch in Verbindung zu setzen. Am Mittwoch nachmittag wurde dann einmal das Telefon gesperrt.

Ert auf die Drohung Liebknechts: „Fräulein, wenn ich nicht innerhalb zehn Minuten eine Verbindung habe, lasse ich das Amt bejehnen!“ beeilte sich das Amt Steglitz, eine Verbindung herzustellen. Am späten Nachmittage erfuhr Liebknecht.

Wo ist Radeck?

Die Nachforschungen über den Aufenthalt des Bolschewistenführers Radeck haben bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt. Die

„Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“

hat für die Ergreifung Radecks oder für Angaben, welche zu seiner Festnahme führen können, eine

Belohnung von 10000 Mark

ausgesetzt. Alle mündlichen oder schriftlichen Angaben sind an die Geschäftsstelle der Vereinigung, Berlin W9, Schellingstr. 2, zu richten. Fernsprecher: Amt Kurfürst 5173.

(Hauptstadt aus den Januartagen 1919.)

daß sein ältester Sohn ebenfalls im „Vorwärts“-Gebäude eingeschlossen sei. Seine Antwort darauf: „Die Hauptsache, daß er sich tapfer verhält. Das verlange ich von meinem Sohn!“

Donnerstag, 9. Januar 1919

Die Nacht zum Donnerstag hatte Karl Liebknecht wieder in der Köhnenbrauerei verbracht. Am frühen Morgen fand abermals eine Besprechung im Polizeipräsidium statt, die in der Zentrale des Spartakusbundes ihren Fortgang nahm. Gleichzeitig fand im Humboldtthain eine von Arbeitern aller Parteistützungen besuchte Massenversammlung statt, in der der Sprecher der Regierung, das Volksratsmitglied Hermann Müller, mit demagogischen Wädhchen versuchte, die Massen in weiterer Unentschlossenheit zu halten. Während dieser Zeit aber begannen die Regierungstruppen ihre Offensiv. Der An-

Wie die Mordhetze begann

Bereits Ende Dezember begann die wieder erstarrende Reaktion, von Ebert, Scheidemann und Hostes zur blutigen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft herangezogen, eine wüste Mordhetze gegen die Führer der Klassenbewußten Arbeiterschaft. Das nachstehend wiedergegebene Plakat hing noch bis tief in das Jahr 1919 hinein an vielen Mauern und Häuserfronten Berlins:

Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen: von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Fronsoldaten.

halter Bahnhof und die Eisenbahndirektion wurden gestürmt. Desgleichen kam es zu heftigen Kämpfen am Brandenburger Tor. Die Reichsdruckerei wurde den Regierungstruppen durch Verrat ausgeliefert. Der Sturm auf das Rossehaus wurde aber von den tapferen revolutionären Arbeitern und Soldaten nach hartnäckigem Kampfe abgeschlagen.

Gegen Mittag ging Karl Liebknecht mit einigen Genossen in ein kleines Restaurant in der nahegelegenen Puttkamerstraße. Hier erkannte ihn ein Soldat, der ihn aufgeregt zur Rede stellte und ihn für die blutigen Vorgänge der letzten Tage

verantwortlich machte. Und nun ereignete sich das, was man so oft zu beobachten Gelegenheit hatte: Mit ruhigen Worten versuchte Liebknecht den aufgeregten Soldaten zu überzeugen. Die Unterhaltung dauerte knapp fünf Minuten. Dann schieden die beiden Gegner mit einem Händedruck als Freunde. Wieder hatte Karl Liebknecht einen begeisterten Anhänger mehr.

Freitag, 10. Januar 1919

Am Freitagmorgen erreichte Karl Liebknecht, der in der Greifswalder Straße bei Genossen übernachtet hatte, die Unglücksmeldung von der Niederlage der kämpfenden Arbeiter in Spandau. Dort hatte der Arbeiter- und Soldatenrat sich für die in Berlin kämpfenden Arbeiter erklärt und versucht, die in Spandau lagernden Waffen- und Munitionsvorräte für Berlin nutzbar zu machen. Am Widerstand der Spandauer Truppen war dieser Versuch gescheitert. Die Arbeiter wurden von der gewaltigen Uebermacht niedergeschlagen. Viele Arbeiter wurden gefangen genommen, darunter auch eine Anzahl Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates.

In der späten Vormittagsstunde mußte Karl Liebknecht zu einer Besprechung am Haleschen Tor. Um dorthin zu gelangen benutzte er mit einem Genossen vom Alexanderplatz aus die U-Bahn und kam auch unerkannt zum Haleschen Tor. Als er nun dort eine aufgeregte diskurierende Menschenansammlung sah, wollte er sich auch gern einmal eine der dort gehaltenen Reden anhören und stellte sich unbemerkt dazu. Später, beim Fortgehen, sagte er dann: „Jammerschade, jammerschade, daß ich jetzt nicht mitreden kann!“ Hier, am Haleschen Tor, folgte dann eine Besprechung der anderen. Die letzte mit Rosa Luxemburg dauerte sogar bis morgens 3 Uhr. Hier platze auch die Unglücksmeldung von der Verhaftung der Führer der Verhandlungskommission der revolutionären Arbeiter, Georg Ledebour und Ernst Meyers, herein, die von einem Kommando von 20 Mann und vier Maschinengewehren abgeführt worden waren.

Schwere Berggrutschkatastrophe im Rhonetal

Schülerin von Gesteinsmassen erschlagen

Vierzehnjähriges Mädchen sofort getötet — Zwei weitere Schülerinnen schwer verletzt

Am Dienstagnachmittag ereignete sich zwischen Mörkel und Brig im Rhonetal ein gewaltiger Erdrutsch, und zwar gerade in dem Augenblick, als etwa 20 Schulkinder, die sich auf einem Ausflug befanden, die Unglücksstelle passierten. Ein vierzehnjähriges Mädchen wurde verschüttet und konnte später nur als Leiche geborgen werden. Die übrigen kamen, bis auf zwei weitere Schülerinnen, die lebensgefährliche Verletzungen erlitten, mit dem Schrecken davon.

Nach ergänzenden Mitteilungen ereignete sich das Unglück auf dem Rückweg der Schulklassen nach Brig. Eine Knabenabteilung hatte bereits die Kapelle Hohenflüh bei Mörkel passiert. Als die Mädchen unter Führung einer Lehrerin der Knabenabteilung gerade folgen wollte, lösten sich unter donnerartigem Getöse ein Bergfelsen. Bei seinem Absturz wurde ein 14-jähriges Mädchen sofort getötet. Die Furta ist durch den Felssturz vollkommen gesperrt. Die hervorstürzenden Wasser des Kanals eines Wertes überfluteten im Nu die Straße, so daß der Rückzug der Schulklassen äußerst lebensgefährlich wurde. Auch die Elektrizitätsversorgung der Furtabahn ist durch die Berggrutschkatastrophe gekört.

Vulkanausbrüche in Argentinien

Zahlreiche Todesopfer — Gesamte Ernte vernichtet

Buenos Aires, 14. Januar. In der Nähe von San Antonio de las Cobres in der Provinz Los Andes sind am Dienstag zwei Vulkan plöztlich in Tätigkeit getreten und haben gemaltige Lavamassen ausgeworfen. Zahlreiche Todesopfer sind zu beklagen. Die gesamte Ernte in der Nähe der Vulkane ist vernichtet. Desgleichen sind die Verluste an Vieh sehr groß. Von Salta aus wurde eine Hilfeexpedition ausgerückt, die sich sofort in das Unglücksgebiet begeben hat.

Jaklon über Tripolis

Zahlreiche Häuser abgedeckt

Rom, 14. Januar. Ungeheure Vermühtungen richtete ein schwerer Jaklon in Tripolis und anderen Gebieten Sybiens an. An der Küste erreichte der Sturm eine Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometern.

In Tripolis und Umgebung wurden unzählige Säume und Telephonleitungen umgestürzt und zahlreiche Häuser abgedeckt. Im Judenviertel Tripolis kam durch den Einsturz eines Hauses ein Bewohner ums Leben, zwei

wurden schwer verletzt. In einem Dorf in der Nähe Tripolis wurden zwei Eingeborene durch umstürzende Palmen erschlagen.

Der Lübecker Bazillenmord

Lübeck, 14. Januar. Von den Lübecker Kindern, die nach dem Calmette-Verfahren behandelt waren, ist in der Nacht zum Mittwoch das 75. Kind gestorben. Es hatte bereits ein Alter von 10½ Monaten erreicht. Trotzdem die Schuldfrage durch monatelange Untersuchungen nurmehr einwandfrei zugunsten der Lübecker Ärzte ausgefallen ist, denkt jedoch die Staatsanwaltschaft immer noch nicht daran, die Schuldigen an dem Tode von 75 Säuglingen proletarischer Herkunft zu verhaften.

Durch 4000 Volt getötet

Gefährliche Experimente eines Studenten.

Halle (Saale), 14. Januar. Der 25-jährige Student Hans Thiele wurde bei Experimenten im physikalischen Institut der Universität Halle (Saale) durch den elektrischen Strom getötet.

Seit Monaten war der Versuchung mit einer Examensarbeit über elektrische Schwingungen beschäftigt und kam beim praktischen Experimentieren durch ein Versehen den Hochspannung führenden Drähten zu nahe, die mit 4000 Volt geladen waren. Der Student wurde sofort getötet.

Acht Todesopfer einer Motorbootfahrt

Ein Motorboot, das am Montag mit acht Personen von Kappelvaag auf den Lofoten nach Henningsvåg abgefahren war, wurde unterwegs von einem Sturm überfallen und erreichte nicht den Bestimmungsort. Am Dienstag fand man Wrackstücke und die Leiche einer der an Bord gewesenen Personen.

Auch in Japan schwere Sturmschäden

Gewaltigen Schaden richtete ein Sturm in der Provinz Fukien an. Ueber 1000 Häuser wurden schwer beschädigt. In der kleinen Stadt Muje sind fünf Personen ertrunken. In Osaka werden zwei Personen vermisst. Aus allen Hafenstädten werden Schiffsunfälle infolge des Sturmes gemeldet.

Ofenerplosion bewirkt Hauseinsturz

In Etienne in Frankreich ist durch die Explosion eines Ofens ein Haus eingestürzt. Neun Einwohner wurden verschüttet, doch gelang es, die Bewundeten aus den Gesteinstrümmern zu bergen. Der Zustand einer Frau ist lebensgefährlich.

1,33 Milliarden Fehlbetrag

Keine Aussichten auf Besserung der Wirtschaftslage — Dietrich will seine Zwangsarbeitspläne durchführen — Weitere Streichung der Sozialausgaben um 550 Millionen — Die Kommunisten attackieren die Brüning-Diktatur

Berlin, 14. Januar. Im Haushaltsausschuß des Reichstages begann heute die finanzpolitische Aussprache als Auftakt zu den Etatberatungen. Geöffnet wurde die Debatte durch eine Rede des Finanzministers Dietrich.

Trotz der gemäßigten fortgesetzten Steuererhöhungen, der Aufnahme der Kreuger-Anleihe und des Ueberbrückungskredits endete das vergangene Staatjahr, wie Finanzminister Dietrich zugeben mußte, mit einem Defizit von 1,33 Milliarden Mark. Dietrich fand den traurigen Mut, zu erklären, daß dieses Ergebnis „befriedigend“ sei. In einem Ausblick auf das Jahr 1931 versuchte der Finanzminister nach der üblichen Art der Regierungsweltanschauungen eine bessere Wirtschaftslage zu prophezeien. Daß aber Dietrich und die gesamte Regierung nicht an diese Besserung glaubt, zeigt schon die vorsichtige Formulierung der Rede, in der es nämlich nur heißt, daß eine „leichte“ Besserung zu erwarten sei und „daß der „Tiefstand der Krise“ erreicht sei.

Dietrichs kurze, programmatische Erklärung ließ darauf hinaus, daß Absätze an den einzelnen Etats nicht gemacht werden können — mit Ausnahme des Sozial Etats, der eine weitere Kürzung um 550 Millionen erfahren soll.

Da sich Dietrich mit seinem Wort zur Frage des Schicksals der Millionen Erwerbslosen äußerte, obgleich Dietrich erst vor einigen Tagen in Stuttgart sein Slavenprogramm entworfen hatte, attackierten ihn die Kommunisten mit stürmischen Zurufen. Dietrich hatte die Absicht, auf diese Zurufe nicht einzugehen. Aber immer wieder riefen die Kommunisten: „Wollen Sie Ihr Stuttgarter Programm durchführen?“ Schließlich wurde Dietrich zu folgender Antwort gezwungen:

„Das steht jetzt nicht zur Debatte. Über seien Sie versichert, daß ich eine Sache, die ich einmal angepaßt habe, nicht so leicht fallen lasse.“

Nachdem der Sprecher der Deutschnationalen, der Abgeordnete Herzt, dem „Müßigen Optimismus“ des Finanz-

ministers widersprochen hatte, nahm für die Kommunisten der Genosse Neubauer das Wort; und schleuderte dem Finanzminister die heftigsten Anklagen ins Gesicht.

Genosse Neubauer betonte, daß bereits der Minister Stegerwald im Juli vergangenen Jahres gesagt habe, der „Tiefstand der Krise“ sei erreicht. Die Entwicklung selbst habe solche Ministerreden völlig gestraft. Alle Maßnahmen, die die Regierungen in den vergangenen Jahren zur Ueberwindung der Krise ergriffen haben, das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, der „Preisabbau“, der „Kampf gegen die Kartelle“, haben sich als blauer Dunst erwiesen.

Der Stuttgarter Plan des Reichsfinanzministers, der einen unerhörten brutalen Angriff auf die ohnehin schändlichen Unterhaltungsbedingungen der Arbeitslosen darstellt, zeigt erneut mit aller Deutlichkeit den werttätigen Massen, daß die Bourgeoisie die Krise zu überwinden versucht nur durch eine weitere Auspressung der werttätigen Bevölkerung.

Die ungeheuerliche Lohnabbauoffensive, welche die Regierung im ganzen Reich durchführt, führt nicht zu einer Milderung der Wirtschaftskrise, sondern verschärft sie und verschärft gleichzeitig die politische Krise. Es ist charakteristisch für die gegenwärtige Diktaturregierung, daß sie am Wehretat, am Etat der Kriegsausrüstung, keinen Pfennig streicht, aber die Sozialausgaben trotz der ungeheuren Notzeit weiter abbaut.

Genosse Neubauer schloß seine Anklagerede mit den Worten:

„Die Welle der proletarischen Massenkämpfe, die in diesem Jahr mit dem Streik an der Ruhr eingesetzt hat, wird ihren Fortgang nehmen. Die Arbeiterklasse ist zum Kampf gegen die Hungerregierung übergegangen.“

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

Schwerer Faschistenüberfall in Hamburg

Hamburg, 14. Januar. Gestern abend fand in Hamburg eine öffentliche SPD-Versammlung statt, wo sich Rundfunk-Moelting noch einmal mit Nazi-Feder beschäftigte, um damit einen Kampf der SPD gegen den Faschismus vorzutauschen.

In derselben Nacht überfiel ein Trupp Nationalsozialisten mehrere Mitglieder des Reichsbanners, wobei von Seiten der Nazis scharf geschossen wurde. Durch die Schüsse der Nationalsozialisten wurde ein Reichsbannermann im Rücken und auch ein Nationalsozialist am Kopf verletzt. Eine Anzahl von Nazis und auch Reichsbannerleute wurden verhaftet.

Die Reichsbannerproleten haben hier den besten Anschauungsunterricht erhalten, was solche Diskussionen, wie die zwischen Moelting und Feder im Kampf gegen den Faschismus wert sind. Hinein in den Kampfband gegen Faschismus!

SNJ-Mitglieder in der roten Einheitsfront

Vor einigen Tagen fand in Uetersen eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus statt, die sehr stark besucht war, und in der Neben Jungarbeiter öffentlich ihren Austritt aus der SNJ, der sie bisher angehörten, erklärten.

Gegen den Lohnraub bei den Eisenbahnern

Eine Protestaktion der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin, 14. Januar.

Sofort zu Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages reichten die kommunistischen Ausschußvertreter zum Protest gegen den Schiedsschiedspruch für die Eisenbahner folgenden Antrag ein:

„Der Reichsarbeitsminister wird aufgefordert, den Schiedspruch der Arbeitszeit und auf Herabsetzung der Löhne der Eisenbahnarbeiter nicht für verbindlich zu erklären.“

Genosse Schwalef begründete den Antrag in äußerster wirksamer Weise. Er unterbreitete dem Ausschuß eingehendes Material über die traurigen Arbeitsbedingungen und die noch traurigeren Wohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter. Mit scharfen Worten wandte sich Genosse Schwalef gegen jeden Lohnabbau und forderte eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Obwohl der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Schessel, in der Sitzung anwesend war, verzichtete er auf das Wort, genau so wie die Nationalsozialisten.

Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag wurde verhindert durch die Mitteilung eines Regierungsvertreters daß inzwischen, am Mittwoch vormittag, die Einigung zwischen Eisenbahnerverwaltung und Gewerkschaften erzielt worden sei. Die Kommunisten erklärten darauf, daß sie sofort bei Bekanntwerden der Einigungsbedingungen, die zweifellos einem Verrat an den Interessen der Eisenbahnarbeiter gleichkommen, einen neuen Antrag einbringen werden, der die Forderungen der Eisenbahnarbeiter enthält.

Der faschistische Severing-Kurs gegen die werttätigen Bauern

In den letzten großen Streikämpfen zeigte sich u. a. die neue und für die kapitalistische Herrschaft besonders gefährliche Aufgabe der Verbrüderung von werttätigen Bauern mit den streikenden Arbeitern. Sowohl im Mansfelder und noch mehr im Streik der Berliner Metallarbeiter unterstützten die ebenfalls notleidenden werttätigen Bauern ihre kämpfenden Brüder durch Lebensmittel in beträchtlichem Ausmaß. Das revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern wird im Tageskampf geschmiebet, erhält Fleisch und Blut. Die herrschende Klasse weiß diese Tatsache sehr wohl zu werten.

Anlässlich des Ruhrstreiks rief der Reichsbauernbund und das deutsche Nationalkomitee werttätiger Bauern die Bauernschaft Westdeutschlands wiederum zur Unterstützung der Streikenden auf. Eine Reihe Bauernversammlungen zur Organisation der Solidaritätsaktion wurden vom RWB einberufen. Über Severing weiß, was er seinen Herren schuldig ist. Seine Polizeiorgane pfliffen auf die „demokratischen“ Paragraphen der Weimarer Verfassung und haben die vom RWB einberufenen Versammlungen verboten.

Bürgerkriegsrüstungen der Reichswehr

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert Antwort: Was bedeuten die Mobilmachungsmaßnahmen der Reichswehr?

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„In der Interpellation Nr. 353 (W. Wahlperiode 1930) wurde durch die kommunistische Reichstagsfraktion auf die alarmierenden Gerüchte hingewiesen, daß die Reichswehr bereits in Alarmbereitschaft steht.

Wie übereinstimmende Meldungen aus allen Teilen des Reiches besagen, entwickelt die Reichswehr eine ständige und gesteigerte Aktivität zur Durchführung von Mobilmachungsmaßnahmen. Hierbei handelt es sich um Vorbereitungen zur faschistischen Diktatur, was in den Instruktionen und auch ganz offen zugegeben wird mit dem Hinweis auf die wachsende Erwerbslosigkeit, Hungerdemonstrationen, Streiks und Zusammenstöße zwischen Arbeiterschaft und Polizei. In dem Brief eines Offiziers einer mitteldeutschen Garnison an die kommunistische Reichstagsfraktion heißt es:

„Es sieht so aus, als bereitet man die Soldaten auf einen evtl. Einjah zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Unterstützung der Polizei bzw. als Ersatz für die Polizei vor.“

Vom Infanterieregiment 12 wurde gemeldet, daß solche Mobilmachungsalarme im Bataillonverband und im Regimentsverband geübt wurden, am 17. Dezember 1930 bei Anwesenheit des Generals von Stülpnagel. Anlässlich dieser Generalmobilmachung wurden die Seitengewehre geschliffen und für jeden Mann die Erkennungsmarken ausgegeben.

Diese Mobilmachungsübungen gehen auf einen Befehl der Heeresleitung vom November 1930 zurück, der als 6. Punkt die Anweisung enthält, für den Winter hauptsächlich solche Alarmübungen durchzuführen.

Ist die Reichsregierung bereit, sich wegen dieser Bürgerkriegsübungen, die ihr zweifellos bekannt sind, im Reichstage zu verantworten?“

tag sofort darüber zu äußern, zu welchem Zweck die Reichswehr illegale, d. h. überetatmäßige, Waffen besitzt?

Ist das Reichswehrministerium bereit, nachzuweisen, aus welchen Mitteln die Reichswehr überetatmäßigen Waffenbesitz unterhält? Bei den Beratungen des Reichswehretats hat die kommunistische Reichstagsfraktion ständig darauf hingewiesen, daß die immer wiederkehrenden riesigen Summen im Haushalt des Reichswehrministeriums, besonders der Kap. 15 (Waffen, Munition, Heeresgerät) und Kap. 17 (Pionierwesen) der Beschaffung illegaler Waffenbestände dienen. Von einer Reihe von Wehrtreibern ist bekannt, daß dieser illegale Besitz an Waffen und Munition in die Hunderttausende geht, z. B. im Bereich des Wehrtreises I (Ostpreußen).

Ist das Reichswehrministerium bereit, dem Reichstage einen Ueberblick über den Gesamtbesitz überetatmäßiger Waffen und Ausrüstungsgegenstände vorzulegen?

Kampfbund gegen den Faschismus

Achtung! Die Adresse der Reichsleitung lautet: Berlin C 2, Stralauer Str. 12. Alle Betriebe, Arbeitsnachweise, Orte, in denen die Gründung von Ortsgruppen bzw. Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus beabsichtigt ist, wenden sich direkt an die Reichsleitung, wenn eine Verbindung mit der Bezirksvorstandsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus nicht zu bekommen ist. Die Reichsleitung vermittelt diese Verbindung und gibt auf alle Anfragen Auskunft.

„RGO. wird immer stärker“

Bürgerliche Presse bestätigt die Angst vor der Kraft der RGO.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zum Lohnabschiedsbruch im Ruhrbergbau und zu dem zurückgezogenen Lohnabbauangebot der Gewerkschaftsführer:

„Der Grund für diesen überraschenden Schritt ist anscheinend der Wunsch, ohne jede taktische Belastung gegenüber ihren Mitgliedern bzw. der Gewerkschaftsopposition herauszukommen. Die Gewerkschaften bereuten ihren Vorschlag auf vier Prozent, nachdem durch den wilden (!) Streik die Stärke der Revolutionären Gewerkschaftsopposition erkennbar geworden war. Man vermutet wohl nicht mit Unrecht, daß die Reduzierung auf sechs Prozent ein Kompromiß zwischen Reichsregierung und Sozialdemokratischer Partei ist. Es gilt für die SPD, ihren großen Ruhrbergarbeiterverband möglichst zu schonen, um der

immer stärker gewordenen kommunistischen Opposition

möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten.“

Das heißt: Wäre die RGO. am 2. Januar nicht so machtvoll vorgestoßen, dann wäre der Lohnraub noch höher. Wenn schon der erste Kampf die Lohnräuber gezwungen hat, von 12 auf 6 Prozent „herunter“zugehen, dann zeigt sich die ganze Größe des Verbrechens der eulenden Streikbrecherführer der Gewerkschaften, die von sich aus 4 Prozent Lohnabbau vorgeschlagen haben.

Was sind sie? Streikbrecher und Lohnräuber!

Illegales Waffenlager der Reichswehr

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte folgende Interpellation ein:

„Zu Beginn des Jahres 1930 haben Arbeiter in Leipzig ein großes Waffenlager mit Tausenden von Maschinen-gewehren, Gewehren, Karabinern und Handfeuerwaffen aufgedeckt, das in mehreren Schuppen außerhalb des Kasernen-geländes untergebracht war. Die Schuppen dienten gleichzeitig einer Reihe von Privatfirmen als Lager-räume. Die Aufdeckung des Waffenlagers wurde merkwürdiger-weise als „Diebstahl“ bezeichnet, wobei die Leipziger Polizei, die unter der verantwortlichen Leitung eines Sozialdemokraten steht, selber festgestellt, daß es sich um ein illegales Lager handelte.

Die Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen 31 Arbeiter, die beschuldigt werden, an dem angeblichen Diebstahl beteiligt zu sein, unterstellt den Angeklagten als wahr, daß sie der Ueberzeugung waren, daß es sich um ein illegales Waffen-lager für faschistische Zwecke handelte. Nachträglich ließen die Reichswehrinstanzen erklären, daß dieses illegale Waffenlager Eigentum der Reichswehr sei.

Ist das Reichsjustizministerium bereit, den unerhörten Prozeß gegen die 31 Arbeiter aus Leipzig sofort nieder-zuschlagen, die wegen Aufdeckung des illegalen Waffenlagers angeklagt wurden?

Ist das Reichswehrministerium bereit, sich vor dem Reichs-

Massenprotest in Groß-Wartenberg

Nachträglich geht uns folgender Bericht über den Protestkum der werktätigen Bevölkerung in Groß-Wartenberg gegen die faschistische Ausbürgerungspolitik der Brüning-Regierung zu:

Auch in Groß-Wartenberg 20 Minuten von der politischen Grenze entfernt, hat die werktätige Bevölkerung dem schwarzen „Faren“ gezeigt, daß seine Diktatur gegen das werktätige Volk bis in die entlegensten Ecken des Staates auf den härtesten Widerstand stößt. Hunderte von Arbeitern und Kleinbürgern in diesem Ort wurden durch das Massenaufgebot von Landjägern, Stadtpolizei und Schutzpolizei aus Breslau, welche mit umgehängten Karabinern rüd-

schichtslos Pässe ausstellten, beehrt, wie das wahre Gesicht Deutschlands ausseht.

Es drohten bei der Abfahrt der Autokarawane hundertstimmige Nieder-Rufe auf Brüning und das System Everling. Keine noch so gute Versammlung konnte und mehr Anhänger werben wie diese Spazierfahrt durch Ostdeutschland. Welche Angst diese Leute haben, möge folgendes illustrieren: In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag gegen 3 Uhr klopfte ein Polizist bei einem Arbeiter an das Fenster und fragte ganz bestürzt, ob es wahr sei, daß am Sonntag drei Lastautos mit Kommunisten nach Groß-Wartenberg kämen. Als der Arbeiter sagte, er wählte nichts davon, sagte der Polizist: „Gottselbamt, denn sonst hätte ja die Polizei nicht ausgereicht!“

Entlassungen und Lohnraub in Oels

Unser Antwort: Kampf und Eintritt in die NSD.

Aus Oels wird uns geschrieben: Hier waren bisher größere Entlassungen der sogenannten ständigen Arbeiter nicht zu verzeichnen. Jetzt geht es auch hier los. Die zwei großen Eiswerkstätten Wohl und Großmüller haben ohne jegliche Fühlungnahme mit Gewerkschaft, Betriebsräten und Belegschaften den Lohn im Durchschnitt um 10 Pfennig die Stunde herabgesetzt. In einer Versammlung der Arbeiter wurde von dem Ganleiter Dietrich Breslau sowie dem Bezirksleiter Langer, Oels den Unorganisierten alle Schuld für diesen Lohnraub angehängt. Es muß aber festgestellt werden, daß auch diese Betriebe zu 100 Prozent organisiert waren und nur durch die Verleumdungspropaganda der Gewerkschaftsbürokraten aus den Gewerkschaften getrieben wurden. Jetzt, wo sich die Kollegen kampflös von Lohnraub gelassen haben, werden die Betriebe auch noch um die Hälfte gesäubert, und 80 bis 100 Tischer reißen sich ein in die graue Glendefronte der Gewerkschaften.

In Ihre Reihen einzutreten und Kämpfer für den Sieg der Arbeiterklasse zu werden ist Pflicht jedes Einzelnen!

Oels Klassenjustiz fordert Opfer um Opfer

Am 29. Januar findet der Berufsgerichtsprozess gegen neun Arbeiter statt, welche sich nicht willenslos von der braunen Nordpest niederschlagen ließen. Und schon läuft eine neue Anklage gegen sieben Reichsbannerleute und Parteigenossen aus denselben Gründen.

Genosse Prell-Breslau wird am Freitag, dem 16. Januar, um 19.30 Uhr im „Großen Kurfürsten“ in einer Roten-Hilfs-Versammlung ausführlich über Klassenjustiz und Nordpest sprechen. Zu dieser Versammlung muß alles reiflos erscheinen.

Brieg Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Fest

Freitag, den 16. Januar, 20 Uhr im „Weinberg“. Eintritt 20 Pf. Gewerkschafter 10 Pf.

Auch die hiesige Reichsbannerwehr hat Hunderte von Arbeitern trotz unzähliger Feiertagen auf die Straße werfen!

Arbeiter, Kollegen! Nur eine Bewegung mit revolutionärer Kampfschloffenheit kann diesem Niedergang Einhalt gebieten. Das ist gewerkschaftlich die NSD. und politisch die Kommunistische Partei.

Aus der Partei

Achtung, Ortsgruppen! Eine große Anzahl unserer Ortsgruppen hat die Fragebogen für die Kommunalfraktionen, die Ihnen Anfang Dezember zugingen, noch nicht abgesandt. Wir ersuchen die Ortsgruppen, dies sofort nachzuholen. Bis spätestens 25. Januar müssen alle Fragebogen abgesandt werden. W. Schlieffen der NSD.

Geschäftliches
Elektr. Theater. Heute Donnerstag verabschiedet sich das größte Volksgeschehen aus dem Neujahrprogramm.
Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schlieffen, Berlin; für den übrigen Teil: Ernst Schlieffen, Breslau. — Die Anzeigen: Karl Panzbör, Breslau.

Nicht vergessen
zu jeder Mahlzeit
Christ-Brot essen

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17
Nur Heut und Morgen, 5 und 8 Uhr:
50 Pfg.
Der Kampf um die Erde
Die Generalinle v. S. M. Eisenstein
Auf der Bühne: **Clifford**
Charlie Chaplin:
„The Pilgrim“ und „Ferne Leute“
Jugend verboten!
Erwerbslose bis 5.30 Uhr, nur 25 Pf., Besucherkreis-Mitglieder 50 Pf., alle anderen Besucher 70 Pf.
Mitglieder der Partei, Gewerkschaft und Volksbühne können jederzeit Mitglied des Besucherkreises werden

LIEBICH
Täglich:
2 Vorstellungen
4.15 und 8.15
Heute
letzter Tag
des großen
Neujahr-
Programms
Genossen
kauft nur
bei unseren
Inserenten!

Wovon ganz Schlesien spricht:
Wen Tausende täglich umjubeln —
Wen glänz. Kritiken d. Presse einst loben —
Wer vor ausverkauften Häusern spielt —
Das ist GLEICH!
Circuskonzert
Circus-Busch-Gebäude
Das nie gesehene Riesenspektakel!
Unerreichte Meisterschaft!
mit seinem
O. Sailer-Jackson abenteurlichen Löwen
Der beste Dampfer der Welt!
die beste Luftnummer
der Welt!
Die 5 Albertys,
Die circensischen Wunder d. Jetztzeit!!
Täglich 2 Vorstellungen um 4 u. 8 Uhr
Wochenende mit Erwachsenen halbe Preise
Kinder immer halbe Preise
Vorverkauf: von 9 Uhr an ununterbrochen an
den Circus-Busch-Telephon 2613, Waren-
haus Marzahn, Telephon 5-641, Waren-
haus W. H. am, Telephon 2011
Sichern Sie sich Ihre Karten im Vorverkauf
Nur noch kurze Zeit!

WAPPENHOF
neue Donnerstag sowie täglich
(außer sonnabend) an 4 Uhr:
Gr. Nachmittags-Vorstellung
mit dem international. Spezialitäten-
programm
Eintritt 30 Pfg. — Ab 8 Uhr:
Abendvorstellung mit Ball
2 Kapellen
Eintritt einschließlich Ball 50 Pfennig
Programmwechsel 1. und 16. d. M.
Max Berndt
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

Getragene Mäntel
für Herren
und Damen
von 5.- Mk. an
Leihhaus Grundmann
Breslau
Trebniitzer Str. 21
**Pfänder-
Kredit**
Dienstag, d. 20. Jan.
Pfandleihhaus
Grundmann
Trebniitzer Str. 21

Reinhold Weise Schloßwerder-
straße 30
Getreide-Dampfbrennerei
Likörfabrik Gaststätte
Cederjacken
21.39.- bis 69.- Mk. gegenüber
der Markt-
halle!
Gartenstr. 26
Lombard u. Warenhaus
L. HAMBURGER
Trebniitzer Roßfleischerei
Markthalle I u. II
Breslau, Gartenstraße, Stand 218/19
empfiehlt alle Sorten
frische Fleisch- und Wurstwaren
Paul Martin

**Molkerei und
Milch-Großhandlung**
Christoph Hümmer
Breslau, Lehmgrubenstr. 5
Verkauf durch Läden u. Klingel-
wagen / Achtet auf die Firma!
Weiß- u. Wollwaren
kaufen Sie am billigsten
bei
Emil Schmelz
Breslau 6, Friedr.-Wilh.-Str. 25

G Empfehlenswerte Geschäfte von Breslau und Schlesien G

Breslau - Zentrum
R. Karsunky & Co., Möbel
Rosenfelder Straße 2
Ecke Matthiassstraße
2735
Breslau - Zentrum
15-1
Molkerei
Scheloske & Sohn
Klein Tschansch bei Breslau
Grünberg

Brieg
Brauchst Du SCHUHE??
Geh zu **SCHINDLER**
Zollstraße 27
1254
Kaufhaus ARTHUR BACH
Billigste Bezugsquelle
Vorzeiger dieses erhält 10 Prozent Extra-Rabatt
1252
Fleisch- und Wurstwaren
ROBERT METZNER
Gerberstraße 18
1253
Damen-, Mädchen-, Kinderbekleidung
Niedrigste Preise / Größte Auswahl
BERGMANN'S Einzelgeschäft, Oppelner Str. 24
1255
Kaufhaus **S. JABLONOWSKY**
Oppelner Straße 22
1254
L. LEWIN, Zollstraße 1
1257
Spezialhaus für Herrenartikel
Trikotagen, Hüte, Mützen

Ohlau
Karl Kreuzel Söhne
Möbel aller Art
1263
KONSERVEN, WEINE, SÜDFRÜCHTE
sowie sämtliche Kolonialwaren kaufen man
gut und preiswert im Feinkosthaus
Georg Henrichs
Reinhold-Neugebauer-Str. 2
Telephon 157
1259
KARL ROSSDEUTSCHER
Breslauer Straße 3
1261
BUTE / MÜTZEN / HERRENARTIKEL
F. PROST, Brieger Straße 36
Woll- u. Weißwaren, Arbeitsbekleidung
1262
BRAUNBIERBRAUEREI
Selter / Limonaden
ERNST
1269

Möbel billigst und gut bei
ERNST QUESTER, Tischlermeister
1266
FRANZ LILGE
empfiehlt preiswert Lebensmittel
1266
NÄHMASCHINEN / FAHRÄDER
PAUL FROST, Breslauer Chaussee 3
1267
H. KASSE, Bau- und Möbeltischlerei
Tischlerei, Platanenplatz 4
Möbellager: Oderstraße 50
1268
FF. FLEISCH UND WURSTWAREN
PAUL DRÄBNER
1270
KOHLE UND BRIKETS
ARTHUR KAWLERT
1271

Oels
RESERVIERT
2024
Kauft am Platze
2027
NAUMANN - NÄHMASCHINEN
auf Teilzahlung
2025
Alfred Schlieffing, Ols i. Schles., Ring 17
Filiale: Neumarkt in Schloo., Oberring 17

Görlitz
KUNELLA GOLD
mit den wertvollen
KUNELLA BONDS
welche erhältlich in der
KUNELLA-BUTTERHANDL.
(45)

Ohlau
... nur mit Gas!
rasch, sauber, billig
Raf und Auskunft:
beim Gaswerk Ohlau
1280

Lauban
Trinkt Laubaner Korn!
EDMUND SCHUBERT
Weinbrennerei
1684
Radio-Hubrecht, Naumburger Str. 34
1685
altrenommiertes Spezialgeschäft
BRUNO KLETTE, Richter-Str. 14
1688
Papier / Bürobedarf
H. SOSSMANN, Brüderstraße 17
Tischlern-Bedarf, Inneneinrichtungen
675

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstücksstube / Versandhaus
für Dauerware / Fernspr. 233
1687
ANTON PILZ, Brüderstraße 13
Möbelprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren
520
Sproßlau
Otto Großmann, Jüdenstraße 3
Fahräder und Nähmaschinen
Eigene Reparaturwerkstatt
1694
Peterwitz
Bäckerei und Konditorei
PAUL HAUPT, Neue Hauptstraße 3
Elektrischer Betrieb
1284

Liebau
Woll- u. Baumwoll-
waren, Trikotagen
Inlets / Bettledern
Emil
Bodmann
Nikolaistraße 3
1696
Reserviert
Süddeutsches Leinwandgeschäft
C. A. FRENZEL & SOHN
Berufsbekleidung / Wäsche / Trikotagen
1697
Alois Hampel, Waldenburger Str.
Inh.: Ignaz Decker
81
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren

Waldenburg
Kauft bei
Jacobsohn
Gartenstraße 6
121

Ohlau
... nur mit Gas!
rasch, sauber, billig
Raf und Auskunft:
beim Gaswerk Ohlau
1280

Lauban
Trinkt Laubaner Korn!
EDMUND SCHUBERT
Weinbrennerei
1684
Radio-Hubrecht, Naumburger Str. 34
1685
altrenommiertes Spezialgeschäft
BRUNO KLETTE, Richter-Str. 14
1688
Papier / Bürobedarf
H. SOSSMANN, Brüderstraße 17
Tischlern-Bedarf, Inneneinrichtungen
675

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstücksstube / Versandhaus
für Dauerware / Fernspr. 233
1687
ANTON PILZ, Brüderstraße 13
Möbelprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren
520
Sproßlau
Otto Großmann, Jüdenstraße 3
Fahräder und Nähmaschinen
Eigene Reparaturwerkstatt
1694
Peterwitz
Bäckerei und Konditorei
PAUL HAUPT, Neue Hauptstraße 3
Elektrischer Betrieb
1284

Liebau
Woll- u. Baumwoll-
waren, Trikotagen
Inlets / Bettledern
Emil
Bodmann
Nikolaistraße 3
1696
Reserviert
Süddeutsches Leinwandgeschäft
C. A. FRENZEL & SOHN
Berufsbekleidung / Wäsche / Trikotagen
1697
Alois Hampel, Waldenburger Str.
Inh.: Ignaz Decker
81
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren